

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Pandollet in Nassau“

Gründung 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und ausm. Vertriebsstellen fest und ohne monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., ohne Belegpreis. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolausstr. 24. Fernruf Nr. 2013, 2014, 2017. — Einzelpreis: In Wiesbaden und Provinz Pfaffen-Kasse 20 Pf., Heftpreis 2 M.; außerhalb 20 Pf., Heftpreis 2 M. 50 Pf. Bezugspreis a. Abnehmer laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 649

Montag, 23. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Die Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte. Nationalversammlungswahlen am 19. Januar.

Die am Donnerstag fortgesetzte Beratung des Antrages Coblen - Neuf, die Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden zu lassen, führte zur Annahme dieses Antrages. Die für den Antrag eintretende Delegation war sehr groß; lebhafter Beifall der Mehrheit. Psalms der Minderheit folgten der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. Angenommen wurde ferner ein Antrag, mit der Entente sofort zu verhandeln wegen

Freigabe des besetzten Gebietes zur Vorbereitung zu den Wahlen.

Es folgte die Wahl des Vollzugsrates der Republik (Zentralrat), der aus siebenundzwanzig Mitgliedern besteht und das Recht hat, die Volksbeauftragten abzuwählen, wenn sie nicht mehr das Vertrauen des Zentralrates haben. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei ließ erklären, daß sie sich an der Wahl nicht beteilige. Die von den Mehrheitssozialisten eingereichte Liste von siebenundzwanzig Vertretern erhielt die Zustimmung der großen Mehrheit des Kongresses.

In der Sitzung vom Freitag wurde die Frage der Sozialisierung des Wirtschaftslebens

beraten. Der Referent Hilferding erklärte u. a.: Sozialisierung kann nicht bedeuten Übergang der Betriebe an die Arbeiterschaft, sondern nur Vervielfachung der gesamten Produktion in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft. Reiz hierzu ist vor allen Dingen der Vergewalt. Besonders wichtig ist auch die Sozialisierung der Hypothekendarlehen, um Einkünfte zu bekommen aus den städtischen und ländlichen Grundbesitzmärkten. Bei der Sozialisierung wollen wir nicht konfiszieren, sondern entschädigen. Daß der landwirtschaftliche Großbetrieb nicht vollständig aufgelöst werden kann, ist klar. Wenn er mit einer intelligenten Arbeiterschaft arbeitet, so ist er auch dazu berechtigt. Es handelt sich nicht um den persönlichen Vorteil. Die Arbeiterschaft darf nicht ungeduldet werden. Sie muß sich bewußt bleiben, daß es sich um das größte Ideal handelt, nicht der eigenen Person, sondern des Ganzen.

Ein anderer Redner weist auf die Sozialisierung der Stickstoffgewinnung aus der Luft hin. In diesem Falle sei die Vergeistigung außerordentlich leicht. Damit habe man auch die Landwirtschaft in der Hand.

Hilferding geht in seinem Schlußwort auf die Frage der Sozialisierung der Großbanken ein. Die private Initiative und der Unternehmerrgeist sollen nicht ausgeblendet werden. Die Sozialisierung des Vergewalt zum Beispiel bedeutet nicht eine gewalttätige Steigerung der Löhne, sondern Schaffung des Bewußtseins, daß der Arbeiter für sich und nicht nur für die Kapitalisten arbeitet.

Ein Antrag, durch den die Regierung aufgefordert wird, die für die Sozialisierung reifen Betriebe, insbesondere die Bergwerke, zu verstaatlichen, wird angenommen. Ebenso wird ein Antrag angenommen bezüglich der Mindestlöhne und Achtstundentag für die Vergewalt bis zur Wiederaufnahme der Ein- und Ausfuhr, ferner eine Entschließung, die die Erwartung ausdrückt, daß die Nationalversammlung als einen der ersten Punkte die Schaffung eines Heimstättengesetzes vornimmt.

Scheidemann als Kandidat in Hessen-Nassau.

Aus Hessen-Nassau, 22. Dezember.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wird der Volksbeauftragte Philipp Scheidemann für die Mehrheits-Sozialdemokratie in Hessen-Nassau kandidieren und zwar wird er als erster auf der sozialdemokratischen Wahlliste erscheinen.

Verkehrssperre und Wahlvorbereitung.

In der Vollziehung der internationalen Waffenstillstands-Kommission in Spa am 18. Dezember fanden eingehende Erörterungen über die Beschränkungen und die Verkehrssperre zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland zwecks Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung statt. Der Vertreter der deutschen Regierung überreichte eine Note, in der schleunige Befreiung dieser Verkehrsbeschränkungen erbeten wurde und hinzugefügt wird, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, wenn baldmöglichst geordnete verfassungsmäßige Zustände in Deutschland hergestellt würden. Dies sei die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, in der das gesamte deutsche Volk, also auch die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete, vertreten sein müsse. Bei der gegenwärtigen Aberrung dieser Landesstelle sei aber eine ordnungsmäßige Vorbereitung von Wahlen sowie der hierzu erforderlichen Vorbereitungen ausgeschlossen. In Beantwortung der Note gab General Nudant der Befürchtung Ausdruck, daß diese Frage an hoher Stelle als zu allgemein gehalten betrachtet werden könnte, weil aus ihr nicht deutlich genug hervorgehe, was deutscherseits verlangt würde. Die Wichtigkeit der Wahlen sei unbestreitbar und ihre ordnungsmäßige Durchführung dürfe nicht behindert werden. Es käme jedoch darauf an, zu wissen, was unter freiem Verkehr zwischen den Gebieten links und rechts des Rheins zu verstehen sei. Es sei klar, daß eine gewisse Anzahl unruhigender Elemente (Elemente de desordre) nicht hin- und herreisen dürfe. Bei Weitergabe der Note in der vorliegenden Form werde ihm wahrscheinlich geantwortet werden: „Das ist zu allgemein gehalten“, und dann könnte sich die Erledigung der Angelegenheit sehr lange hinziehen. Von deutscher Seite wurden zu dieser Frage nähere Angaben in Aussicht gestellt.

Eine französische Schiffbrücke über den Rhein.

Am Freitag kam, wie wir aus Mainz erfahren, General Mangin, um der Vollendung der ersten französischen Brücke über den Rhein, zwischen Merxheim und Oppenheim, beizuwohnen. In Gegenwart des Generals wurde das Auf- und Absteigen der Durchlaufbrücke ausgeführt. Eine Bahn von 78 Metern wird ständig offen bleiben, um dem Schiffsverkehr freie Fahrt zu lassen. Die Brücke, die eine Länge von 320 Metern hat und eine bedeutende Belastung aushält, wurde unter der Oberaufsicht des Oberst Simon, Kommandeur der Armeebrücke, fertiggestellt. Hauptmann Guillet war mit dem Brückenbau beauftragt.

Aus dem englischen Befehlsgebiet.

Der Regierungspräsident zu Köln hat heute an die Veranlassung des britischen Generalgouverneurs nachstehende Verfügung an die Behörden der von der britischen Armee besetzten Gebiete erlassen lassen:

Der britische Generalgouverneur hat angeordnet, daß sich in den von den britischen Truppen besetzten rechts- und linksrheinischen Gebieten die Arbeiter- und Soldatenräte jeglicher Einwirkung auf die Staats- und Kommunalbehörden, sowie der Einmischung in die Verwaltungsangelegenheiten zu enthalten haben. Hier- nach haben die Arbeiter- und Soldatenräte ihre gesamte hierauf bezügliche Tätigkeit unverzüglich einzustellen, sich auch der Benutzung staatslicher und städtischer Gebäude und Einrichtungen zu enthalten. Ich erlaube ergebenst, dies bald- hingst den Arbeiter- und Soldatenräten bekannt zu geben. Diejenigen Personen, die der Anordnung des britischen Generalgouverneurs entgegenhandeln, sind namhaft zu machen. Die englischen Militärbehörden werden dann gegen dieselben einschreiten.

Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge meldet ein Korrespondent bei der britischen Armee am Rhein, daß versucht wird, mit Hilfe von Personen, die früher in England lebten, bei den englischen Truppen für den Bolschewismus Propaganda zu machen.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Die Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen verstoßwidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland hielt unter dem Vorsitz des Professors Schäfer am Mittwoch in Berlin eine weitere Sitzung ab. Es wurde beschlossen, zwecks rascher Aufklärung der Vorgänge im Gefangenenlager Langensalza zwei Beauftragte dorthin zu entsenden. (In Langensalza wurden bei einer Schießerei mehrere französische Gefangene getötet, als Ver- geltung dafür soll die Stadt Mannheim von den Franzosen besetzt worden sein. D. Red.) Ferner wurde das Brandmalld in Eger Brandenburg, bei dem im Jahre 1917 mehrere Gefangene ums Leben gekommen sind, ein Vergang, der den Gegenstand schwerer Vorwürfe im Weisbuch der englischen Regierung gewesen ist, er- örtert. Der Sachverhalt wird durch die Vernehmung weiter- rer Zeugen aufgeklärt.

Die Verhandlungen in Spa.

In der letzten Vollziehung der internationalen Waffen- stillstandskommission in Spa ist von General Nudant be- kanntgegeben worden, daß die Zone innerhalb der neutralen Zone der Kontrolle der militärischen Lokalbehörden unter- liegt. Bezüglich der Internierung der Armee Madense erklärte Nudant, daß die Entwaffnung und Internierung dieser Truppen und des Generalfeldmarschalls im Antrage noch bestehen bleibe. Von deutscher Seite wurde erwidert, daß Madense sich freiwillig gefügt habe, daß der deutsche Protest gegen die Bestimmungen des Waffenstillstands- abkommens vom 11. November nicht entsprechende Inter- nierung aber aufrechterhalten werde. Der Vorwurf des französischen Vorgesetzten, daß deutsche Militärbehörden dem bolschewistischen Vörmarsch in den baltischen Provinzen Vor- stand leisteten und die Operationen russischer Truppen be- hinderten, wurde energisch zurückgewiesen. Ferner wurde eine Note noch über angeblich grausame Behandlung fran- zösischer Kriegsgefangener in Ostdeutschland überreicht. Der deutsche Vertreter erklärte, die Beantwortung dieser Note seiner Regierung überlassen zu müssen.

Die Friedensverhandlungen.

Der Schweizer Preßtelegraph meldet, daß der Friede im Juni in Versailles unterzeichnet werde. Der Einzug Mar- schall Fochs und seiner Armee durch den Arc de Triomphe wird vierzehn Tage später stattfinden.

Die Verhandlungen über den Präliminarfrieden sollen in der ersten Januarwoche beginnen und werden voraus- sichtlich, dem „Matin“ zufolge, zwei bis drei Monate in An- spruch nehmen. Die „Morning Post“ läßt sich bereits aus Washington melden, daß man wahrscheinlich davon absehen werde, in den Friedensvertrag Bestimmungen über die Frei- heit der Meere aufzunehmen. Das Seerecht soll später von einem internationalen Konvent einer Durchsicht unterzogen werden. Man hofft dadurch zu verhindern, daß die Fried- enskonferenz in die Länge gezogen wird.

Der neue Staatssekretär des Neuhern.

Zum Nachfolger von Dr. Solf ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Ransau, zum Staatssekretär des Neuhern ernannt.

Abberufung der deutschen Botschaft aus Madrid.

Der „Progres de Lyon“ erfährt aus Madrid, daß die deutsche Regierung auf Aufforderung der spani- schen der Abberufung des deutschen Botschafters in Madrid, Prinzen von Ratibor, und des gesamten Botschaftspersonals Folge geleistet hat. Die ent- sprechenden Pässe wird die spanische Regierung innerhalb 48 Stunden ausändigen.

Die amerikanische Polenlegion.

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind 50 000 Mann polnischer Truppen in Danzig angeschifft worden. Die Vertreter Polens verlassen Berlin.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 23. Dezember.

Ausstellung von Pässen.

Von heute Montag, den 23. d. M., ab, werden die auf Grund der Bekanntmachung des kommandierenden Generals der französischen Armee angeordneten Legitimationskarten (Pässe) ausgegeben. Da alle Einwohner über 12 Jahre einen Pash erhalten, müssen rund 85 000 Personen in wenigen Tagen erscheinen. Es sind daher 7 Abfertigungsstellen errichtet. Für die Abfertigung selbst ist die Reihen- folge der Hausnummern vorgezeichnet. Eine Einweisung nach Straßen war der Kontrolle wegen nicht möglich. Die umfangreiche Verwaltungsarbeit fordert, daß sich die Einwohner genau nach der amtlichen Bekannt- machung richten. Alle die festgelegte Reihenfolge nicht be- achtenden Personen müssen abgewiesen werden. Zunächst ist die Reihenfolge für Montag, den 23., und Dienstag, den 24. d. M., bestimmt. Die weitere Reihenfolge wird noch bekanntgegeben. Die Geschäftsstunden sind von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr (ohne Mittagspause) festgelegt. Da unter Umständen nicht alle Mitglieder einer Haus- haltung gleichzeitig erscheinen können, ist den Einwohnern die Wahl der Zeit an dem jeweils bestimmten Tag frei- gestellt.

Als Unterlagen sind gefordert: der Hausnummernausweis, die Markenanschlüsse, ferner ein Zettel mit folgenden Angaben für jede einzelne Person: Name, Vorname, Ge- burtsort, Kreis, Provinz, Geburtsdatum.

It die Photographie zu dem angegebenen Termin nicht beigetragen, müssen die auszufertigen Personen doch zu den festgelegten Zeiten erscheinen.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß in den Vorkontrollen über die Farbe der Haare, der Augen und besondere Kennzeichen Angaben zu machen sind, so daß sich die Einwohner auf diese Fragen vorbereiten wollen.

Die amtliche Bekanntmachung über die Ausstellung der Pässe ist bereits in unserer gestrigen Sonntagsausgabe veröffentlicht worden. Wir weisen auf dieselbe nochmals hin und bemerken dabei, um unnötigen Gerüchten in der Stadt entgegenzutreten, daß die Aus- stellung der Pässe gebührenfrei ist. Auch die Aus- stellung von Reiseausweisen ist kostenfrei.

Provisorische Bestimmungen für den Postdienst.

1. Jede Art von Privatvermittlung, sei sie postlich, telegraphisch oder telephonisch, welche aus einem anderen als besetzten Gebiet kommt oder für ein solches bestimmt ist, ist provisorisch untersagt. Dieses Verbot besteht namentlich für Privatkorrespondenzen, die für Frankreich (einschließlich Elsass-Lothringen), Luxemburg und die Teile Deutschlands, die nicht besetzt sind, bestimmt sind.

2. Es sind erlaubt:

a) Innerhalb des durch die Militärten besetzten rheinischen Gebietes nur Briefe und Karten (also keine Tele- gramme und Telephongespräche).

b) Zwischen dem besetzten rheinischen Gebiete und Elsass- Lothringen (einschließlich der Gebiete von Saarbrücken) alle schriftlichen Mitteilungen, welche industriellen Ver- kehr betreffen.

c) Für Deutschland nur die Korrespondenz, die Bezug auf Rohstoff- und Lebensmittelverrichtungen von Deutschland nach dem besetzten Gebiete hat. Diese Mitteilungen sind nur ausnahmsweise gestattet.

3. Alle Korrespondenzen für die oben angegebenen Be- stimmungen sind der Kontrolle der Kreisver- walter unterworfen. Wenn dieselben angenommen wor- den sind, werden sie durch ihre Vermittlung weiterbefördert.

4. Die Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß vom 17. Dezember ab keine schriftlichen Mitteilungen mehr angenommen werden, wenn sie nicht den obigen im § 2 angegebenen Bestimmungen entsprechen. Alle anderen Mitteilungen werden aufgehalten und vernichtet.

5. Der Postdirektor wird keine Sendungen mehr be- fördern, welche nicht vom Kreisverwalter genehmigt sind.

Nationalierung des Gasverbrauchs. In einer Bekanntmachung im Angebotsenteil unseres Blattes wird darin er-
klärt, daß alle Gasabnehmer den Nationalierungsvor-

Der Opernspielplan der letzten Woche brachte außer einer Wiederholung der so beifällig aufgenommenen H. Zellekinds „Zaharade“ noch eine Aufführung von H. Towns „Marta“, in welcher Herr L. Hoffmann vom Mainzer Stadttheater den Vronel sang. Was es mit diesem „auf Anstellung abzielenden“ Gaisspiel eigentlich für ein Verhältniß hat, ist für den nicht Eingeweihten um so schwerer zu ergründen, als in dem Fach des lyrischen Tenors, soviel und bekannt, in absehbarer Zeit doch keine Veränderung zu erwarten steht und der derzeitige einheimische Vertreter des Vronel sich gerade in dieser wie in allen wichtigsten Partien einer allgemeinen, unbeschränkten Beliebtheit erfreut. Das Herrn Hoffmanns geistliche Leistung anlangt, so muß allerdings anerkannt werden, daß sein sympathisches, für zartere Ansichten besonders geeignetes Organ auch in der ziemlich anspruchsvollen Rolle des Vronel teilweise zu recht schöner und eindrucksvoller Gestaltung gelangte; im allgemeinen jedoch fehlt es dem Sän-

Nach längerer Pause war am Freitag P. A. Wolf's „Pregioso“ wieder einmal auf dem Spielplan erschienen. Das Stück hat natürlich im Verlauf der Jahre von seiner ehemaligen Anziehungskraft ein gut Theil eingebüßt. Immerhin wird es, namentlich in Folge der, die damalige Romanität so unvergleichlich wiedererweckenden Weberischen Musik (sie wurde 1820 gleich nach der Vollendung des „Freischütz“ komponirt) noch immer ein dankbares und beifallsfreudiges Substitutum finden, besonders, wenn Darstellung und Ausstattung so viel das Ihrige zu dem Erfolg beitragen, wie dies auch diesmal bei uns der Fall war. Im Mittelpunkt des Interesses stand wiederum die Preziosa des Bräulein Reimers, neben der sich der Alfonso des Herrn Steinbeck (Herr Albert war plötzlich erkrankt) etwas schwächlich ausnahm. Den härtesten äußern Erlola erzielte natürlich, wie stets, der aufsehnenderische Pedro des Herrn Andriano, während Orchester und Chor unter Kapellmeister Rohrer's Leitung die herrlichen Weberischen Melodien in gewohnter vollkünstlerischer Weise zum Erlingen brachten. Das recht gut besetzte Haus dankte den Mitwirkenden nach jedem Auftritte durch lebhaften Beifall und Hervorruf.

Schriftleitung: Bernhard Groffus.
Verantwortlich für deutsche und auswärtige Beiträge: H. Groffus;
für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil:
H. C. Eiseuburger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und
Sport: L. E. Daus Hänel; für die Zweigen: Joh. Saffner;
sämtlich im Wiesbaden.
Verlag u. Vertrieb der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

und Heinrich Heide ist erloschen.

1790

1*1787

Rote Speisemöhren Pfd. 18 Pfg.
Kleine Karotten Pfd. 23 Pfg.
Zwiebeln Pfd. von 30 Pfg. an
Prima Rosenkohl Pfd. 85 Pfg.
bei [1536]
Knapp, Friedrichstraße 8.